

**Zentralisiert.**

Aus 16 mach eins! Wir klären auf über die geplante Verwaltungszentralisierung in Bad Belzig

Seite 2

**Frieden.**

Am 1. September feierte Potsdam-Mittelmark den Weltfriedenstag mit unterschiedlichsten Aktionen.

Seite 5

**BewerberInnen.**

Im kommenden Jahr sind Landtagswahlen. Die drei Bewerberinnen und der Bewerber stellen sich vor.

Seite 7

**Unerwünscht.**

Norbert Müller über das Thema Freiheitsentzug in der Jugendhilfe, warum Straßenkinder unerwünscht sind.

Seite 8

## Aufregen! Worüber? Wozu? Wo?

Potentiale zum Aufregen bietet die Welt aktuell genug



LINKE Demo vor dem Reichstag

Foto: Fraktion die LINKE im Bundestag

Wer noch Nachrichten wahrnimmt, regt sich sicher wenigstens ein Mal am Tag auf. Wer den sozialen Medien folgt, hat oft den Eindruck, dass sie nur erfunden wurden, um das Erregungsniveau hoch zu halten und wer nicht völlig gleichgültig durch die Welt geht, hat auch genügend Gründe, sich aufzuregen.

Ganz vorn für uns und in der aktuellen MML immer wieder das Thema Frieden. Nicht nur Trump, auch Frau v.d. Leyen möchten lieber heute als morgen losmarschieren lassen. Die Bundeswehrsoldaten aus Beelitz, die sie an die russische Grenze geschickt hat, waren hoffentlich vorher auf dem gar nicht so kleinen Soldatenfriedhof in ihrer Garnisonsstadt. Es bewahrheitet sich wieder Mal: "Ich dachte immer, alle seien gegen Krieg, bis ich erfuhr, dass nicht alle hin müssen." (Erich Maria Remarque)

Leider auch ein ewiges Thema - in der Bundesrepublik leben doppelt so viele arme Kinder als Brandenburg Einwohner hat - über vier Millionen. Wie viele Chancen werden sie nie bekommen?

Arme Kinder kommen von armen Eltern, wie Bertold Brecht im Gedicht vom armen und vom reichen Mann schon schrieb: "Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich". Mehr als jeder Fünfte bezieht in Deutschland - dank HARTZ-IV - nur Niedriglohn. Das hat nichts mit Ökonomie zu tun, sondern mit Macht. Als DIE LINKE in der Brandenburger Regierung durchsetzte, dass, wenn schon Aufträge aus öffentlichen Kassen vergeben werden, ein Mindestlohn von 8,50€ zu zahlen ist, haben CDU u FDP und die sie großzügig sponsernden Unternehmer den ökonomischen Weltuntergang vorausgesagt. Kam er? Jetzt hat DIE LINKE in der Landesregierung durchgeboxt, dass mindestens 10,50€ gezahlt werden. Die Grenze zu Altersarmut liegt allerdings bei 12,50!

Wollen Sie gleich etwas für diese unverdient benachteiligten Kinder tun, dann machen Sie die Aktion "Weihnachten für alle" bei sich im Ort nach. Wie die Bad Belziger, initiiert vor Jahren von der LINKEN vor Ort, das machen, haben wir ausführlich weiter

hinten beschrieben.

Nicht selten ist eine Entscheidung im Ort der aktuelle Aufreger. Aktuell steht das Projekt des Landrats zur Zentralisierung seiner Verwaltung in Beelitz-Heilstätten zu Lasten von Bad Belzig auf der Tagesordnung. Aber 100%-Ja-Nein-Entscheidungen gibt es selten. Politik ist die Suche nach einem gangbaren Kompromiss. Schalten Sie sich aktiv ein. Dank Internet sind alle Dokumente leicht verfügbar. Die LINKE tagt sowieso öffentlich. Die Ausschüsse auch. Wir hoffen, wenn Sie unsere kleine Zeitung gelesen haben, kommen Sie auch zu dem Schluss, Aufregen kann nur der Auslöser sein. Dann sucht man das Gespräch mit Verantwortlichen, mit Gleichgesinnten. Die kleinste Veränderung hinterlässt ein besseres Gefühl, als die lauteste Aufregung. Am besten, Sie entschließen sich, ab der nächsten Wahl statt Zuschauer Gestalter zu werden. Wir haben noch Listenplätze frei.

Thomas Singer  
Vorsitzender der Kreistagsfraktion  
DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark

### Gastkommentar

#### Aufstehen um 5 vor 12!

von Iris Bonowsky, Stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE Teltow

Bei der neuen Sammelbewegung „Aufstehen“ von Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine



hat am 4.9.2018 der Wecker für über 100.000 Menschen bei uns geklingelt. Das ist erst Mal auf jeden Fall beruhigend, denn die Bewegung will sich für Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt, für Frieden und Abrüstung einsetzen. Sie lehnt jede Art von Rassismus ab. Der Plan ist, diese linken Ziele unabhängig von Parteien gemeinsam zu erreichen. Mit Beschluss vom 8.9.2018 hat der Parteivorstand der LINKEN allerdings sehr klar formuliert, dass die Initiative „Aufstehen“ kein Projekt der LINKEN ist, sondern es sich um eine Idee von Einzelpersonen handelt. Durch diesen Beschluss sind viele Genoss\_innen verunsichert. Worum geht es? Geht es doch um die schleichende Neugründung einer neuen Partei? Überall im Land finden dieser Tage die ersten Treffen der Bewegung statt. Es wird sich zeigen ob, eine parallele linke Bewegung den Weg zu unseren Zielen vorantreibt. Aber eins bleibt eindeutig klar: In Deutschland ist es 5 vor 12! Nur ein Kreuz am Wahltag wird nicht mehr ausreichen, wir müssen alle aktiv werden gegen den Rechtsruck, für eine solidarische und soziale Welt, Gerechtigkeit und gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze. Deshalb ist es wichtig aufzustehen, egal wie!

## LINKE übernimmt Badausschuss in Werder



Bild: Olaf Präger

Der Stadtverordnete Günter Schinken (DIE LINKE) wurde, nachdem die Vertreterin der SPD den Vorsitz des Badausschusses niedergelegt hat, nun zum Vorsitzenden dieses Gremiums, dass das wahrscheinlich teuerste Vorhaben in der Geschichte der Stadt begleiten soll.

Er sagt deutlich, dass er das Bad will und hat die Grundzüge, die seine Arbeit dabei bestimmen sollen, hier skizziert.

Meine Sicht als Vorsitzender des Badausschuss.

1. Ich verstehe den Ausschuss als Bindeglied zwischen Bauausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss/ Verwaltung.

Es geht um sehr sehr viel Geld der Werderaner. Dass es gut angelegt wird und der Bauablauf genau kontrolliert wird, ist mir sehr wichtig. Ich erwarte von Schauer & Co klare, abrechenbare Bauablaufpläne.

2. Von den Mitgliedern des Ausschusses erwarte ich eine offene, zielorientierte aber auch kritische Haltung. Es gibt einen eindeutigen Beschluss der SVV, das Bad soll mit Schauer & Co fertig gebaut werden. Diesen Beschluss gilt es umzusetzen.

3. Als linker Politiker ist es mir natürlich wichtig, dass es ein Bad für alle Menschen wird. Jeder soll die Möglichkeit haben, hier einen Teil seiner Freizeit zu verbringen.

4. Schon jetzt werden wir darauf achten, dass auch Nachhaltigkeit im Bad gelebt wird, vom Badebetrieb bis zur Gastronomie.

## Verwaltungszentralisierung in Bad Belzig

Statt an 16 Standorten soll eine Zentralisierung auf nur noch einen durchgesetzt werden



Wie viel Kreisstadt steckt zukünftig in Bad Belzig?

Foto: Pascal Volk

Der Landrat will seine Verwaltung statt in 16 Standorten zukünftig in einem Neubau in Beelitz-Heilstätten konzentriert unterbringen. Die Bürger sollen in 4-5 über den Landkreis verteilten sogenannten Servicepoints ihre Anliegen mit gut geschulten Ansprechpartnern besprechen und auch einreichen können. Dieser Plan würde aber u.a. für die Kreisstadt bedeuten, dass ausser dem Titel, dem Schreibtisch des Landrats und dem Sitzungssaal des Kreistages vielleicht nur noch solch ein Servicepoint verbleibt. Knapp 400 Verwaltungsarbeitsplätze zögen in einigen Jahren an den neuen Standort. Die Mitarbeiter würden zwar nicht - wie bei anderen Standortentscheidungen - entlassen, sondern nur ihren Arbeitsort ändern. Trotzdem ist der Aufruhr in Bad Belzig groß. Wie ist die Rechtslage? Rein juristisch kann der Landrat "seine" Verwaltung so organisieren, wie er es für richtig hält. Er braucht den Kreistag nur irgendwann wegen der Finanzierung des Neubaus und des Umzugs fragen.

Ungeachtet dessen: das ist eine hochpolitische Frage. Die Bürger sehen das als eine nächste Entscheidung des Landkreises und des Landrats in Person gegen die Zukunft ihrer Stadt. DIE LINKE hat sich seit 1993 immer für Bad Belzig als Kreisstadt eingesetzt und damals mehrheitlich dafür gestimmt, weil wir davon überzeugt waren, dass sich damit Entwicklungschancen für den Süden des Kreises weit weg vom Speckgürtel

organisieren lassen. Darum war auch eine der ersten Amtshandlungen der linken Ministerin Anita Tack 2009 die Anerkennung Belzigs als Bad. Deswegen hat sich die Fraktion gegen den Verkauf des Kreiskrankenhauses durch den SPD-Landrat Koch gewandt, die Pläne für den 3. Bauabschnitt am Papendorfer Weg unterstützt, die die CDU-Kreisvorsitzende Ludwig zunichte gemacht hat. Da waren die Zeichnungen schon bis hin zum Standort der Bürokühlschränke fertig. Die Fraktion hat sich von Dr. Kirchner in den Kellerräumen der Therme überzeugen lassen, dass sie saniert werden kann und wie beim Ausbau des Bahnhofs für das erhebliche finanzielle Engagement des Kreises eingesetzt.

Durch die LINKE Kreistagsfraktion gibt es seit 2010 endlich das Kreisentwicklungsbudget, aus dem die steuerlich benachteiligten Kommunen extra Mittel ziehen können. Auch gerade wieder die Kreisstadt für ihre Eisbahn.

Der Vorstoß des Landrates hat aber nun die Frage, in welche Richtung Bad Belzig seine wirtschaftliche Zukunft gestalten kann, in anderer Dimension deutlich gemacht. Fakt ist für uns, dass der Landkreis - egal unter welchem Landrat - nicht genug dafür getan und tw. dagegen gearbeitet hat und die Stadt sich schwer tat und tut, unabhängiger von der Kreisverwaltung als Arbeitgeber zu werden. Die Digitalisierung stellt heutige Arbeitsabläufe und Standorte in Verwaltungen sowieso grundsätzlich in Frage. Jetzt

müssen beide Seiten in Zusammenarbeit eine echte Strategie nicht nur für die Kreisstadt, sondern für die Region entwickeln.

Darum fordert DIE LINKE-Kreistagsfraktion vom Landrat fundierte Angebote für eine strukturelle Entwicklungen und Ansiedlungen in der Flämingregion, wenn er bei seinem Konzept bleibt. Wir wollen dargelegt haben, welche Inhalte sich für ihn hinter dem Titel Kreisstadt für Bad Belzig zukünftig verbergen. Wir wollen umgehend eine genaue Beschreibung des Leistungsumfangs und seiner Vorstellungen zu den Standorten der Servicepoints.. Die Servicepoints müssen unabhängig von der Zentralisierung der Verwaltung in den nächsten zwei Jahren eingerichtet werden.

Der erste Servicepoint soll sich, unabhängig von der Entscheidung zur Lokalisierung der Verwaltung, aus Mitarbeitern der Kreisverwaltung in Bad Belzig rekrutieren und auch da angesiedelt sein. Zu einer Entscheidung gehören immer Alternativen. Alternativen für Bad Belzig waren offensichtlich nicht Teil der Aufgabenstellung. Die müssen ausgiebig untersucht werden. Erst dann können Interessen fair abgewogen werden. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE wird es sich nicht einfach machen.

Thomas Singer  
Vorsitzender der Kreistagsfraktion  
DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark

## Platte oder Villa?

Im Gespräch mit Hans Modrow, ehemaliger Ministerpräsident der DDR



Hans Modrow an seinem häuslichen Arbeitsplatz. Zwei Tage vor seiner Dienstreise nach China, Nord- und Südkorea gab er der „info links“ noch ein Interview

Ein Interview mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten der DDR Hans Modrow, der vor 29 Jahren, am 13. November von der Volkskammer gewählt wurde.

### Sind die rechtsextremen Krawalle in Chemnitz Schuld der DDR?

Nur sehr bedingt. Die Abwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur der DDR hat bei vielen Menschen einen tiefen Frust hinterlassen. Es ist die Politik der Bundesregierung, die dazu geführt hat, dass eine Partei wie die AfD stark werden konnte. Das kann man nicht der DDR anlasten, die es seit fast 30 Jahren nicht mehr gibt.

### Unser 20jähriger Praktikant kommt aus Bayern. Was würdest du ihm heute über die DDR erzählen.

Wenn heute die Bundesregierung aufrüstet und an Kriegen teilnimmt, dann sollte man sich daran erinnern, dass es eine Zeit gab, wo es zwei deutsche

Staaten gab, deren Armeen nie an Kriegen beteiligt waren.

### Du warst vom 13. November 1989 bis 12. April 1990 Ministerpräsident der DDR. Was ist deine stärkste Erinnerung an diese Zeit?

Der Oberkommandierende der Staaten des Warschauer Vertrages hat mir gegenüber deutlich gemacht, dass es keine gewalttätige Situation in der DDR geben dürfe, in der sich Warschauer Pakt oder NATO gezwungen gesehen hätten, militärisch einzugreifen. Ich kann für meine Regierung sagen, dass es eine solche Situation nicht gegeben hat.

### Hat dir eigentlich mal jemand für diese Leistung gedankt? Immerhin gab es im Vereinigungsprozess keinen einzigen Toten.

Viele Menschen sprechen mich an und haben Respekt davor, was meine Regierung damals geleistet hat.

### Am 30. Januar 1990 warst du in Moskau, um mit Gorbatschow über das weitere Vorgehen zu sprechen. Wurden deine Erwartungen erfüllt?

Ich habe einen 3-Stufen-Plan zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten vorgelegt. Als erste Stufe ging es um eine Vertragsgemeinschaft auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Die 2. Stufe sah eine Konföderation und die 3. Stufe einen gemeinsamen Bundesstaat vor. Wir beide vertraten die Auffassung, dass Deutschland nicht der NATO angehören sollte. Eine Woche später reiste der US-amerikanische Außenminister Baker nach Moskau und beide Seiten einigten sich darauf, dass eine militärische Neutralität nicht Bedingung für eine Vereinigung sein sollte.

### Deine Regierung hat das Treuhandgesetz beschlossen. Konntest du dir damals vorstellen, dass die Treuhand das Volkseigentum in kürzester Zeit verschern würde?

Unser Gesetz war eindeutig: Es ging um die Wahrung des Volkseigentums. Nach den Wahlen beschloss die Regierung de Maiziere, dass die Privatisierung des volkseigenen Vermögens die Aufgabe der Treuhand sein sollte. Das wäre mit meiner Regierung nicht passiert. Wir wollten unterschiedliche Eigentumsformen sichern. So haben wir z.B. Unternehmen, die 1972 verstaatlicht wurden, den Eigentümern zurückgegeben.

### Was ist im Prozess der Deutschen Einheit falsch gelaufen?

Die Ostdeutschen sehen, dass in den zurückliegenden 28 Jahren viel gesche-

hen ist. Städte wurden saniert und Straßen gebaut. Sie sehen aber auch, dass die Rentner fast noch 10 Jahre auf eine Rentenangleichung warten müssen. Sie sehen, dass Ostdeutsche in der Wissenschaft, in der Kultur und in der Verwaltung völlig unterdurchschnittlich vertreten sind und sie erleben, dass die Lebensleistungen der Ostdeutschen missachtet werden. Überall ist spürbar, dass Zweiheit und nicht Einheit entstanden ist. Als Ältestenrat der Partei haben wir auf dem Leipziger Parteitag vorgeschlagen, ein Zukunftsprojekt für Ostdeutschland zu entwickeln.

### Was meinst du zur Bewegung „Aufstehen“?

Wenn DIE LINKE mit den Forderungen der Bewegung in den wesentlichen Fragen übereinstimmt, dann muss man doch mit dieser Bewegung reden und sie unterstützen. In Anbetracht des Rechtsrucks in unserer Gesellschaft, sollten wir eine kritische Distanz zu Menschen, die das gleiche wollen, nicht bekunden.

### Hans, du lebst in der DDR immer in der Platte und du lebst jetzt wieder in der Platte. Kennst du noch einen anderen ehemaligen Ministerpräsidenten, der so wohnt wie du oder anders gefragt, hast du etwas gegen Villen?

Man kann keine gute Politik machen, wenn man nicht mit den Menschen zusammenlebt, deren Interessen man vertreten will.

Das Interview führte  
Klaus Singer

### Kontakt zu den LINKEN PM

Die LINKE Potsdam-Mittelmark  
Bad Belzig  
Straße der Einheit 53  
14806 Bad Belzig  
Telefon: 033841-32547  
E-Mail: info@dielinke-pm.de  
Web: <http://www.dielinke-pm.de>  
facebook: DIE LINKE Potsdam-Mittelmark und ihre Kreistagsfraktion  
Öffnungszeiten:  
Mo 9-15:00  
Di 9-16:00  
Do 9-18:00

Basisorganisation Teltow der Partei  
DIE LINKE  
Potsdamer Straße 74  
14513 Teltow  
Telefon: 03328 - 30 28 18 oder 0151-5333 83 49  
E-Mail: [teltow@dielinke-pm.de](mailto:teltow@dielinke-pm.de)  
Web: [www.dielinke-teltow.de](http://www.dielinke-teltow.de)  
facebook: Die Linke Teltow  
Öffnungszeiten:  
Mo 14 - 16 Uhr  
Di 10-14 Uhr

Basisorganisationen Kleinmachnow und Stahnsdorf  
c/o Büro Teltow  
Web: [www.dielinke-kleinmachnow.de](http://www.dielinke-kleinmachnow.de)  
Kontakt im Raum Werder  
Tel: 03327/73 08 24  
Web: [www.dielinke-werder.de](http://www.dielinke-werder.de)  
und über das Büro des Landtagsabgeordneten Dr. Andreas Bernig  
Am Gutshof 1-6 (da wo die KFZ-Zulassungsstelle ist)  
Tel: 03327/570192

Öffnungszeiten  
Di 09.00 - 12.00 Uhr  
Do 16.00 - 18.00 Uhr  
Fraktion DIE LINKE im Kreistag  
Potsdam-Mittelmark  
Niemöllerstraße 1  
14806 Bad Belzig  
Tel: 0172/4771744  
E-Mail: [fraktion@dielinke-pm.de](mailto:fraktion@dielinke-pm.de)

Die Fraktion tagt öffentlich

## Wenn die Biene stirbt, stirbt vier Jahre später auch der Mensch

Dieser Ausspruch wird Albert Einstein nachgesagt und zeigt die Dinglichkeit des Problems



Schon vor zwei Jahren - Blühstreifen am Straßenrand in Kleinmachnow  
Foto Bauhof Kleinmachnow

Und weil es so dringlich ist, war es auch Thema der Fraktionssitzung der Kreistagsfraktion im November 2017. Der Vorsitzende des Landesimkerverbandes, Lothar Lucke, war sachkundiger Gesprächspartner. (MML 1-2018 berichtete darüber) Die Blühstreifen konnte er als unaufwändige Sofortmaßnahme empfehlen. Straßenränder, Restflächen, Ackerränder bieten sich dazu an. Dass das Bienensterben die Menschen bewegt, spiegelt sich darin wider, dass sich diesem Thema gleich zwei der eingereichten elf Projekte für

den Agenda 21-Preis für Nachhaltigkeit und Innovation des Landkreises Potsdam-Mittelmark widmeten. Der Verein Blühstreifen Beelitz e.V. erlang den 2. Platz. In der Woche darauf bekamen sie darüber hinaus auch noch den Brandenburger Naturschutzpreis von Umweltminister Jörg Vogelsänger (SPD). Die Stadtverordnetenversammlung Teltow hat diesem Jahr bereits einen Beschluss (SVV-15/33/2018) zu Blühstreifen gefasst. Die Gemeindevertretung Wiesenburg/Mark hat erst vor Kurzem Ende September auf Initi-

ative der Gemeindevertreterin Daniela Rabinowitsch (DIE LINKE) sich mit dem Thema befasst. Wegen der ausführlichen Darstellung des Herangehens drucken wir den Beitrag hier ab: Auf der Gemeindevertreterversammlung Ende September brachte die Fraktion der LINKEN einen Antrag zum Anlegen von Blühstreifen ein. Dabei sollten einheimische Saatmischungen bevorzugt werden, da dabei der Pflegeaufwand gering ist und somit Pflegekosten eingespart werden können. Für die insektenfreundliche Gestaltung stellt sich die Fraktion das Belassen von Totholz als Nistmöglichkeiten und ein maßvolles, zeitversetztes Mähen vor. Die Bürger sollen, um Nachfragen vorzubeugen, entsprechend in Kenntnis gesetzt werden. Als Begründung heißt es im Antrag: Durch die negative Entwicklung unserer Kulturlandschaften, durch intensivierte Landwirtschaft, wie die auch uns bekannten Monokulturen wie zum Beispiel Mais, haben sich die Lebensbedingungen der Blüten bestäubenden Insekten in den letzten Jahrzehnten dramatische verschlechtert. Überdeutlich ist dies an den hohen Verlusten der Honigbienenvölker in den letzten Jahren zu erkennen.“ Die Obstbaumblüte und die der Linde und Robinie reichen nicht aus, um die Bienen ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Noch dramatischer ist die Situation bei den Wildbienen. Von 550

Wildbienenarten stehen 52% auf der roten Liste, 39 Arten gelten bereits als ausgestorben oder verschollen. Neben dem mangelnden Nahrungsangebot ist auch das Verschwinden von Nistmöglichkeiten verantwortlich für den Rückgang dieser Arten. Die Umsetzung der Vorschläge der LINKEN soll ein erster Schritt sein, um dieser negativen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Die Gemeindevertreter befürworten den Antrag. Bürgermeister Marco Beckendorf schlug vor, das Anliegen in die auf den Weg gebrachte „Stiftung für Naturschutz“ einzubringen. In diese hat die Firma Wienerberger bereits einen nicht unerheblichen Beitrag eingezahlt. Dort soll eine halbe Arbeitsstelle geschaffen werden, mit der man sich genau mit solchen Anliegen beschäftigen kann.

Daniela Rabinowitsch



## Kinder der Westsahara wieder zu Gast in Teltow

Eine Tradition, auf die wir LINKEN stolz sind

In diesem Sommer verbrachten 10 Jungen und 8 Mädchen aus Flüchtlingslagern der Westsahara in der Zeit vom 01. Juli bis zum 28. August ihre Ferien in Deutschland. Teltow begrüßte die Kindergruppe vom 30. Juli bis 10. August. Wie in jedem Jahr organisierten wir LINKEN für die Kinder der Westsahara einen Nachmittag mit vielen Gästen und vielen schönen Erlebnissen. So am Mittwoch, dem 08. August im Jugendtreff in Teltow. Es ist für uns Erwachsene so eine tolle Erfahrung, glückliche Kinder aus der Westsahara zu beobachten, deren Lieblingswort der deutschen Sprache „DANKE“ zu sein scheint. Diesen Dank geben wir noch einmal weiter an Margot Keßler vom Verein Salma. Seit 15 Jahren organisiert der Verein „Salma“ für Kinder der Westsahara eine Reise nach Deutschland.

Diese Kinder kennen in ihrer Heimat nur ein Leben in provisorischen Unterkünften. Seit 1975 kämpft das Volk der Saharoui für seine Unabhängigkeit. Früher war die Westsahara eine spanische Kolonie, jetzt wird es unberechtigt von Marokko als ein Teil seines Territoriums behandelt. Um diesen Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung, das dem Volk der Westsahara von den Vereinten Nationen zugesichert wurde, zu unterstützen, wurde von der früheren SPD Europaabgeordneten Margot Keßler der Verein „Salma“ gegründet. Wir geben den Dank weiter an Jamal Zakari, Vertreter der Frente Polisario der EU in Brüssel sowie an Frau Nadiat, Vertreterin der in Berlin lebenden Gruppe der Polisario, an Solveig Haller vom Kita-Eigenbetrieb MenschensKinder in Teltow, an Anita Tack, Landtagsabgeordnete der LINKEN, an Dirk Or-

phal vom JTT, an Egon Greiner, Mitglied der LINKEN in Teltow sowie an den Zauberer Andreas Körner aus Berlin. Dieser Aufenthalt der Kinder der Westsahara bei uns in Teltow ist allerdings nur möglich durch Spenden, die unter anderem beim Volksfest am 1. Mai in Teltow gesammelt wurden. In diesem Jahr kamen durch den Erlös der Lose der Tombola, durch Kuchen- und Buchbasar 3077,- Euro zusammen. Daher gilt auch den Unterstützern auf diesem Weg unser Dankeschön. Ein Bild vom Besuch der Kinder der Westsahara in Teltow hat sich auch der regionale Fernsehsender TeltowKanal gemacht, der mehrere Minuten auf seinem Sender darüber berichtet.

Beate Koch  
Mitglied des KV der LINKEN von PM

### Kommunalwahlen

Am 26. Mai 2019 finden in Potsdam-Mittelmark Kommunalwahlen statt und DIE LINKE hat noch freie Listenplätze. Wenn Sie sich schon immer aktiv beteiligen wollten, nur bisher nicht wussten wie, kontaktieren Sie uns und bewerben sich als Kandidat oder Kandidatin zur kommenden Kommunalwahl.

#### DIE LINKE Potsdam-Mittelmark

Bad Belzig  
Straße der Einheit 53  
14806 Bad Belzig  
Telefon: 033841 - 32547  
E-Mail: info@dielinke-pm.de  
Web: <http://www.dielinke-pm.de>

## Weltfriedenstag in Teltow

Kinderfest zum Abschluss des Malwettbewerbs mit dem Thema „Frieden“



Mal dein Bild vom Frieden

Foto: Iris Bonowsky

Ein buntes Angebot und prima Wetter gaben den Rahmen für ein schönes, kreatives und harmonisches Kinderfest am Weltfriedenstag in Teltow.

Doch von Anfang an: Durch die aktuelle politische Lage in Deutschland, bzw. auf der ganzen Welt und den dadurch vermehrt stattfindenden Diskussionen, bekam ich das Gefühl, es wird dringend notwendig, dass das Thema Frieden auch bzw. gerade schon mit den Kindern besprochen

und bearbeitet wird. Frieden fängt im Kleinen an und kann nur funktionieren wenn alle vorbehaltlos und emphatisch in die Welt schauen. Ich überlegte, wie sich Kinder am besten untereinander, mit ihren Eltern oder Erzieher\_innen mit dem Thema auseinandersetzen könnten - und so entstand die Idee - „durch das gemeinsame Malen!“ Gemeinsam mit K. Kudell und S. Behling gründete ich eine private Arbeitsgruppe und wir suchten bei

den Parteien, dem Bürgermeister, der Werkleiterin des Kita-Eigenbetriebs und vielen Teltower- und Berliner Menschen Unterstützung. Beim Volksfest am 1. Mai konnten wir dann den Malwettbewerb starten und bei unserem Kinderfest am Weltfriedenstag haben wir ihn jetzt erfolgreich abgeschlossen. Das Ergebnis: Über 200 Kinder zwischen 2 und 12 Jahren haben teilgenommen und einige Kindertagesstätten haben ganze Projekte zum Thema „Frieden“ gemacht. Es sind wunderschöne, kreative und aussagekräftige Bilder entstanden. Jedes Kind hat seine eigene Sicht: Für Josefine ist Frieden ein Ritt auf einem Pferd, für den 5-jährigen Pavel ein bunter Regenbogen und für Finlay bedeutet Frieden ein Kuss.

Einige der Bilder konnten am Tag der offenen Höfe bereits das erste Mal ausgestellt werden. Bei unserem Kinderfest zum Weltfriedenstag hatten die Besucher nun die Möglichkeit, sämtliche Kunstwerke zu bewundern. Für alle teilnehmenden Kinder gab es eine Überraschung. Das Fest bot dazu viele Möglichkeiten gemeinsam zu spielen,

zu malen und zu essen. Eine Präventionsgruppe der Polizei unterstützte uns an diesem Tag ebenfalls wunderbar, zum Beispiel mit einem Reimspiel zum Thema Frieden. Die Hüpfburg, die Schokokusswurfmaschine und die Spielangebote der Verkehrswacht wurden fröhlich und rege genutzt. Unsere ehrenamtlichen Helfer\_innen waren im Dauereinsatz. Hinterher waren sich alle einig: Der Aufwand und der Einsatz haben sich gelohnt!

Von den erhaltenen Spenden am Weltfriedenstag wird eine Projektkiste mit Kinderbüchern und -spielen zu den Themen „anders sein“, „Konfliktbewältigung“ und „Frieden“ zusammengestellt und dem Kita-Eigenbetrieb Teltow übergeben. Aus den vorhandenen Bildern wird ein Kalender für das Jahr 2019 entstehen. Weitere Aktionen, auch fürs kommende Jahr, sind im Gespräch aber noch nicht ausgeplant. Wer Lust und Zeit hat uns zu unterstützen oder Interesse an dem Kalender hat, kann sich gern per E-Mail (IrisBonowsky@yahoo.de) bei mir melden.

Iris Bonowsky

## Tauben, Plätzchen und 26.776 Tage

So lange ist seit Ende des Weltkriegs Frieden...



...jedenfalls in unsere näheren Umgebung. Anlass, auch an diesem 1. September an den Weltfriedenstag zu erinnern. Nicht alle kannten das Datum. An dem gemeinsamen Infostand von LINKE und SPD vor dem Rathaus Kleinmachnow waren viele bereit, dazu zu reden. Zum Beispiel die Kleinmachnowerin, die genau am 1.9.1939 eingeschult wurde - an dem Tag, an dem der 2. Weltkrieg begann. Nicht nur die Älteren, viele Jüngere - vor allem die Eltern mit kleinen Kindern - sind besorgt über die zunehmende Anzahl von Konflikten in der Welt. Auf einer

Postkarte stellten die LINKEN die Frage, welcher Krieg eigentlich sein selbst verkündetes Ziel erreicht hat. Die Erfolgsquote ist so vernichtend, dass „Krieg keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln mehr sein kann“, wie auf der Vorderseite der Postkarte aus dem Buch von Clausewitz von 1836 zitiert wurde. Zu einem Infostand gehören auch die begehrten Luftballons mit Gasfüllung - blau mit weißer Friedenstaube. Das war die Vorlage für die Kinder, die eingeladen waren, viele Dutzend Kekse in Form der kleinen Friedenstaube mit Zuckerguss weiß anzumalen und eine Liebesperle als Auge zu platzieren. Kreative Unterstützung kam von Mitstreitern des protolab. Sie hatten ein überdimensionales, weißes „F“ mitgebracht, das von Passanten bemalt werden konnte. Das „F“ stand für „Frieden“. Es hatte eine doppelte Bedeutung, denn es stammt aus der Installation vom Januar, die den Platz der Opfer des Faschismus der Kleinmachnow wieder mehr ins Bewusstsein rufen sollte. Da schließt sich der Bogen zu 26.776 Tagen Frieden.



Brautpaar am 01. September 2019 feiert den Frieden

Fotos: Ronald Kurz



## Weihnachten für alle

In diesem Jahr findet diese gelebte Solidarität in Bad Belzig zum 10. Mal statt



„Weihnachten für alle“

Foto: Olaf Präger

Seit 2009 ermöglicht „Weihnachten für alle“ Menschen mit geringem Einkommen in Bad Belzig ein würdiges Weihnachtsfest. Den Bad Belzigerinnen und Bad Belzigern ist es inzwischen zur Tradition - einigen ein Bedürfnis - geworden, mit dieser Aktion Solidarität mit den Bürgern zu üben, denen nur wenig Geld für das tägliche Leben zur Verfügung steht. In diesem Jahr wird „Weihnachten für alle“ am 15. Dezember stattfinden.

Die Idee dafür stammt ursprünglich von der damaligen Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Belziger Stadtverordnetenversammlung, Uta Hohfeld. Und sie leistete für das Gelingen der ersten Aktionen ab dem Jahr 2009 Pionierarbeit. Heute ist der

Titel „Weihnachten für alle“ vielen Bad Belzigern ein Begriff. Und sie wissen: Gebraucht wird alles, was das Angebot der teilnehmenden Märkte und Innenstadtgeschäfte hergibt, haltbare Wurst und Käse, Fischbüchsen, Süßigkeiten, Nahrungsmittel, Obst und Gemüse in Gläsern und Büchsen, Kakao, Kaffee, Tee aber auch Kosmetika, Schreibwaren, Spielzeug... Die Organisatoren bemühen sich stets, die Aktion auf eine breite Basis zu stellen. So wurden Stadtverordnete anderer Parteien und Fraktionen angeschrieben und konnten als Unterstützer oder gar Helfer gewonnen werden. Fast in jedem Jahr hat sich das jeweilige Stadtoberhaupt beteiligt, Vereine und Verbände sind stets mit im Boot und auch die beiden großen

Kirchgemeinden sind einbezogen. Natürlich: Um die Ursachen der Armut zu beseitigen, ist mehr nötig als weihnachtliche Solidarität, die die Not nur kurzzeitig lindern kann.

Immerhin ermöglicht die Aktion denjenigen ein würdiges Weihnachtsfest, denen sehr wenig Einkommen zur Verfügung steht.

Am schlimmsten trifft es immer die Kinder. Sie sind es, die für ihre wirtschaftliche Situation gar nichts können, ihre Armut aber Tag für Tag in Schule und Freizeit spüren. Deshalb wird es die Aktion auch in den nächsten Jahren wieder geben (müssen). Vielleicht auch bei Euch? Wir Bad Belziger beraten Euch gern. Vielen Dank an die EDEKA-Märkte, an NORMA, an die Geschäfte in der Bad Belziger Innenstadt, die seit Jahren offen dafür sind, ihre Verkaufsflächen für die Aktion zur Verfügung zu stellen. Und an die Helfer, die auch in diesem Jahr wieder zahlreich gebraucht werden. Dank auch an die Belziger Tafel und den Verein für Arbeit und Leben, die sich beide für die Verteilung der gesammelten Waren zur Verfügung stellten und sicher weiter stellen werden. Dass es auch in diesem Jahr nach Abschluss der Aktion wieder heißen kann: Jetzt kann Weihnachten kommen. *Olaf Präger*

## Sozialausschuss wird von Christel Niederland geleitet

Der Sozialausschuss der Stadt Beelitz wird von Christel Niederland (DIE LINKE) geleitet. Das Arbeitsfeld ist breit, die Ergebnisse vorzeigbar, die Planungen konkret:

Schul- und auch Vereinssport: Sommer 2018 die neue Sporthalle im Ortsteil Fichtenwalde eingeweiht - ab Oktober kann sie genutzt werden.

Fair-Trade-Bewerbung der Stadt Beelitz (MML 4-2017 berichtete ausführlich): Taschen, die die Schüler Klassen 7 und 8 selbst gestaltet hatten, wurden die in Südafrika hergestellt.

Baumpflanzaktion: Die Eltern der Kinder, die 2017 und 2018 geboren wurden, pflanzen Obstbäume für ihre Kinder zum Weltkindertag auf der Streuobstwiese an der Nieplitz.

Zusätzliche KiTa-Plätze: für die Stadt Beelitz wird das Familienzentrum in der Virchowstrasse saniert und vorübergehend in eine Kita umgestaltet. Das bringt kurzfristig 80 Kita-Plätze und überbrückt die Zeit, bis die Kita-Erweiterungen und -Neubauten an anderer Stelle fertiggestellt werden.

Baugenehmigung für ca. 65 Plätze in der Kita „Borstel“ im Ortsteil Fichtenwalde liegt vor. Die Ausschreibung läuft.

Bauantrag für weitere 100 Plätze in einem neuem Gebäude an der Beelitzer Kita „Am Park“

## Über Rock n'Roll, Politik und lustige Versprecher

Linke Politik und Kultur auf einer Stadtparty? Klappt beim Bad Belziger Altstadtssommer seit Jahren!



Altstadtssommer

Foto: Olaf Präger

„Nun das Wetter, herausgegeben vom meteorologischen Dienst der Freien Uni... (räuspern) ... Deutschen Demokratischen Republik“. Das Zitat ist verbürgt. Für den ehemaligen Nachrichtensprecher des DDR-Fernsehens, Klaus Feldmann, Gast des Altstadtssommerhofs der LINKEN am 25. August in Bad Belzig, und vor allem für seine Zuhörer ist es eines der Höhe-

punkte einer jeden Lesung aus seinem Buch „Verhörte Hörer“. Feldmanns Kollege hatte anscheinend kurz vorher den „Feindsender“ RIAS 2 konsumiert, musste nun selbst den Wetterbericht im DDR-Rundfunk sprechen und fand wohl nicht aus der Schleife. Wer wissen möchte, welche Konsequenzen auf den Sprecher zukamen und wer weitere sprachliche Korrekturen des Autors

und seiner Kollegen aus Funk und Fernsehen kennen lernen will, muss sich das Buch zulegen. Der Ortsvorstand kann dabei vermitteln.

Bereits am Freitag Abend lud die Jugend des Ortsverbandes zu einem Konzert, ließen „Abbruch“ und „Jagdschein“ rocken. Am frühen Sonnabendnachmittag spielte die Band „Proyecto Son Batey“ zur besten Kaffeezeit kubanische Rhythmen, die das Blut unserer Hofgäste in Wallung brachte und die Beine zum Tanzen. Was sich bei „The Artcores“ am Abend fast ununterbrochen fortsetzte. Die Musiker aus Zerbst glänzten mit großer Vielseitigkeit. Egal ob Rock n' Roll oder Schlager, ob AC DC, Stones, Keimzeit oder Gundermann, die können alles! Außer Mozart.

Der Sonntag begann traditionell mit

dem „Politischen Frühschoppen“. Stammtische der LINKEN-Kreistags- sowie Bad Belziger Stadtfraktion luden ein zur Diskussion über kommunalpolitische Themen, die die Bürger bewegen. Musikalisch begleitet wurde der Polit-Talk von Hannes Gantzkwow und seiner Gitarre. Hans Flake, Autor und Musiker aus Bad Belzig, folgte dem jungen Brücker. Sein inhaltlich sehr anspruchsvolles und interessantes Repertoire unter dem Titel „Der Papst, seine Frau und sein Porsche“ regte vor allem zum Nachdenken an.

Die Gruppe „Manifest“ aus Potsdam setzte mit jiddischen Liedern den musikalischen Abschluss unter drei Tagen Konzert, Lesung und Politik auf dem Hof der LINKEN. Auf ein Neues 2019? Auf alle Fälle schon mal einplanen - das letzte Wochenende im August.

*Gisela Nagel / Olaf Präger*

## Diese vier wollen das Direktmandat in den vier PM-Wahlkreisen zum Landtag erobern

Am 01. September 2019 sind Landtagswahlen



**Marlen Block**, Rechtsanwältin in eigener Kanzlei, 38 Jahre alt, wohnhaft in Potsdam. Meine Familie stammt ursprünglich aus Ruhlsdorf und Güterfelde, mein Opa, Horst Gülde, blieb Teltow und dem örtlichen Sportverein Ruhlsdorf 1893 e.V. zeitlebens sehr verbunden. Seine Leidenschaft für den Sport teile ich. Neben Sport füllt politi-

sche Arbeit jede vorhandene Freizeit. So bin ich stellv. Vors. der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, sitze für die LINKE Fraktion in der G10-Kommission des Landtages und bin Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN in Potsdam. Mein Schwerpunkt ist die Rechts- und Innenpolitik.



Mein Name ist **Tina Lange**, 30 Jahre alt, verheiratet, 2 Söhne. Ich bin Musik- und Physiklehrerin und engagiere mich seit 2012 in der Partei DIE LINKE, seit 2014 auch als stellvertretende Kreisvorsitzende in Potsdam, um für soziale Gerechtigkeit, gelebte Solidarität, Chancengleichheit in der Bildung und eine umgehende, dringend notwendige Energiewende zu kämpfen. Ich wohne in Fahrland, einem nach Potsdam eingemeindeten Dorf. Wie alle Orte in unserem Wahlkreis 19 (Werder, Schwielowsee, Potsdam-Nord sowie westliche & nördliche Ortsteile) wach-

sen wir permanent – leider gefühlt nur der Wohnraum, nicht die für das Wachstum notwendige Infrastruktur. Es ist mir ein Herzensanliegen, mich für die Menschen vor Ort einzusetzen, für umweltfreundliche und nutzerfreundliche Mobilität und Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, qualitativ hochwertige wohnortnahe Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie ausreichend wohnortnahe Schulplätze und Gemeindetreffpunkte für Menschen jeden Alters. Deshalb möchte ich mich als Direktkandidatin der LINKEN nominieren lassen.

Es steht nun fest: der Landtag wird am 1. September 2019 neu gewählt. Ein erfahrener Landtagsabgeordneter und – darüber freuen wir uns sehr – drei junge, qualifizierte Frauen – bewerben sich um ein Direktmandat. Als Landtagskandidaten treten die drei Frauen erstmalig an, haben aber mit ihrem ehrenamtlichen Engagement schon auf verschiede-

nen Feldern ihre politische Spuren erworben. Die vier wollen wir hier schon mal vorstellen. Anfang November werden Versammlungen in jedem Wahlkreis entscheiden, ob sie für die LINKE ins Rennen gehen sollen. Danach können Sie mit ihrer Stimme direkt entscheiden

*Detlef Janson*

*Kreiswahlkampfleiter DIE LINKE PM*

**Claudia Sprengel**, Ich bin 1989 in Rathenow geboren und in Premnitz an der Havel aufgewachsen. In einer Region, die nicht zum Berliner Speckgürtel gehört und von Deindustrialisierung betroffen war und ist. Hier begann mein politisches Denken. Weiterentwickelt habe ich es im Rahmen meines Studiums der Politikwissenschaften und Geschichte und auch im Austausch mit dem ansässigen Studierendenverband der LINKEN. Meine Erlebnisse und die Gesellschaftskritik, die ich als Arbeiterkind noch nicht artikulieren konnte, fanden nun Worte und ich begann mich in verschiedenen linken Organisationen, für Geflüchtete und in der Hochschulpolitik zu engagieren. Nach meinem Master in Zeitgeschichte arbeitete ich in verschiedenen Bereichen – in Museen, der Flüchtlingshilfe und in politischen Kontexten wie dem Frauenpolitischen Rat Brandenburg. Gleichstellung und Frauenpolitik ist und bleibt mein Steckenpferd. Durch



meine Arbeit bei der Bundestagsabgeordneten Anke Domscheit-Berg ist auch die Digitalisierung hinzugekommen, denn sie gibt uns Gestaltungsmacht für die Themen der Zukunft und wir müssen sichergehen, dass diese im Sinne der sozialen Belange und nicht des Kapitals gestaltet werden.

Dr. Andreas Bernig, Seit 2005 bin ich Mitglied im Brandenburger Landtag. Bis 2009 war ich Sprecher für ein Tolerantes Brandenburg gegen Rechts-



extremismus. Seit 2014 bin Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften. Seitdem wir in Regierungsverantwortung sind, haben wir viel für Gute Arbeit und für die Sicherheit des Landes gemacht. Dazu haben wir auch die Möglichkeiten der EU genutzt. Es war ein Fehler, zunächst Personal im Öffentlichen Dienst zu reduzieren. Das haben wir ab 2014 korrigiert und wieder mehr Personal in der Polizei, der Justiz und in den Finanzämtern sowie mehr Lehrer eingestellt. Wir haben den Vergabemindestlohn in Höhe von 8 € eingeführt der jetzt auf 10,50 € erhöht werden wird. Das sind nur zwei Beispiele für Themen, an denen ich mitgearbeitet habe. Ich möchte meine Erfahrungen aus der Opposition und in Regierungsverantwortung auch weiter einbringen und helfen, Fehler zu vermeiden. Deshalb bewerbe ich mich erneut für ein Mandat für den Landtag Brandenburg.

## #hambibleibt: mehr als ein Symbol

Bundestagsabgeordneter Norbert Müller über die Proteste am Hambacher Forst

Seit Wochen sorgt die Räumung des Hambacher Forstes für Aufsehen. Die Polizei ist mit einem Großaufgebot vor Ort und Tausende protestieren Woche für Woche vor dem Waldstück in der Nähe Kölns. Warum geht es?

Der Hambacher Forst oder besser gesagt das, was von ihm noch übrig geblieben ist, liegt am Rande des Braunkohletagebaus Hambach. Er beherbergt Jahrhunderte alte Buchen und Eichen, sowie seltene Tier- und Pflanzenarten. Der Energieversorger RWE, der den Tagebau Hambach betreibt, will mehr als die Hälfte des übrig gebliebenen Waldes fällen, um weiter Kohle baggern zu können. Um das zu verhindern, sind Teile des Waldes seit Jahren von Klima-Aktivist\_innen besetzt. Gleichzeitig klagt ein Umweltverband gegen die Rodung und Abaggerung. RWE will nun, bevor ein Gericht die Rodungen gerichtlich stoppen kann, Nägel mit Köpfen machen und lässt den Wald räumen. Ziel ist es, mit dem Beginn der Rodungssaison am 01. Oktober mit dem Abholzen des



*Auch in Brandenburg gibt es immer wieder Proteste gegen den Braunkohletagebau, wie hier 2016 in der Lausitz“*

Waldes zu beginnen. Dass es dabei um mehr geht, als um den Hambacher Forst, macht ein Blick nach Berlin deutlich. Hier verhandelt die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission über einen festen Termin zum bundesweiten Ausstieg aus der Braunkohle. Ronald Pofalla, einer der

Vorsitzenden der Kommission, brachte jüngst 2035 oder 2038 als Ausstiegsjahr ins Gespräch. RWE plant aber längerfristig: mit der Rodung des Hambacher Forstes könnte noch bis Mitte des Jahrhunderts Braunkohle im Rheinland abgebaut werden. Fakt ist jedoch: Will die Bundesrepublik Deutschland

bei ihren Klimazielen auch nur ein kleines bisschen vorankommen, ist er baldige Ausstieg aus der Kohle bitter nötig. Zudem ist der Braunkohleabbau kaum noch wirtschaftlich. Ohne massive Subventionierungen dürften in der Lausitz, sowie im Rheinischen und im Mitteldeutschen Kohlrevier bald sowieso die Lichter ausgehen. Da hilft es auch nicht, wenn die Stromkonzerne und viele Politiker\_innen – auch in Brandenburg – so tun als ob ein Ende der Braunkohleverstromung gar nicht absehbar wäre. Gerade zu grotesk wirkt dann auch die Forderung, statt aus der klimaschädlichen Braunkohle auszusteigen, doch lieber einen Ausbaustopp für die zukunftsträchtige Windkraft zu erlassen. Sicherheit für die Regionen und die Beschäftigten kann es ebenfalls nur mit einem festen Ausstiegstermin geben und wenn endlich der notwendige Strukturwandel angegangen wird, statt das absehbare Ende der Kohle in Deutschland weiter zu leugnen. Auch deswegen ist der Hambacher Forst und die Proteste für seinen Erhalt mehr als ein Symbol.

## Straßenkinder nicht von Interesse

Freiheitsentzug in der Jugendhilfe auf dem Vormarsch

Zur Situation von Straßenkindern haben wir erneut eine ausführliche Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Die Antworten dazu sind insgesamt nicht zufriedenstellend und zeigen überdeutlich: Das Interesse seitens der Bundesregierung für die Lebensrealität von Straßenkindern ist äußerst mau. So kann die Bundesregierung keine Anzahl an Betroffenen nennen und hat keinerlei Kenntnisse über regionale Schwerpunkte. Zu den Ursachen des Phänomens Straßenkinder verweist die Bundesregierung lediglich auf eine Kleine Anfrage, die wir bereits 2014 gestellt hatten. Wobei auch die damalige Bundesregierung alles andere als umfänglich antwortete. Die einzige wirkliche Neuigkeit und angegebenen Daten von Relevanz betreffen die Entwicklung familiengerichtliche Verfahren nach § 1631b BGB. Diese Verfahren werden durchgeführt, um Kinder und Jugendliche gegen ihren Willen zu ihrem „eigenen Wohl“ einzusperren oder teilweise einzusperren- wohlgermerkt ohne strafrechtliche

Verurteilung. Diese Verfahren haben sich seit 2006 fast verdreifacht, in Brandenburg ist deren Anzahl gar von 86 auf 306 gestiegen. Diese Zahl betrifft jedoch lediglich die Verfahren und trifft keine Aussage über deren Ausgang. Eines illustrieren die Zahlen aber mit Sicherheit: es werden vermehrt Anträge auf freiheitsentziehende Maßnahmen gestellt und diese als legitimes Mittel betrachtet, um mit (aus Erwachsenen-sicht) nicht funktionierenden bzw. aufmüpfigen Jugendlichen umzugehen. Alleine diese Entwicklung ist fatal und zeigt nicht nur gesellschaftliche Tendenzen auf, sondern weist auch auf Überforderung von Eltern, Gerichten und nicht zuletzt der Kinder- und Jugendhilfe hin! Die Zahlen liefern ein Bild davon, was uns Betroffene und Kommunen seit geraumer Zeit schildern: Weil dank Sparzwang und Schuldenbremse Geld für frühzeitige Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe fehlt, steht am Ende oft nur noch das Wegfangen und Einsperren.



*Norbert Müller war in der vergangenen Legislatur Vorsitzender der Kinderkommission des Bundestages.*  
*Foto: Büro Norbert Müller*

Wer es ernst meint mit der Stärkung von Kinderrechten muss hier endlich handeln! Als LINKE fordern wir eine fachliche und personelle Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe, mehr Beteiligungs- und Mitspracherechte für Kinder und Jugendliche und das Ende für jegliche Formen der geschlossenen Unterbringung. Skandale wie jener der Haasenburg dürfen sich nicht wieder-

holen. Freiheitsentzug ist kein Mittel der Erziehung. Auch den vielen Straßenkindern wäre mit einem bedarfsgerechten Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe geholfen. Um diesen Bedarf festzustellen, müsste die Bundesregierung deren Existenz jedoch erst einmal wahrnehmen.  
*Norbert Müller (DIE LINKE.), Mitglied des Bundestages*



## Keine Barrieren für die Internetnutzung

Bundestagsabgeordnete Anke Domscheid-Berg setzt sich für die niedrigschwellige Nutzung ein

Das Internet ist für die meisten Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags geworden. Immer mehr Dinge des täglichen Lebens können heute online erledigt werden. Auch für ältere Menschen bietet das Internet viele Möglichkeiten, mit Familienangehörigen in Verbindung zu bleiben, Dinge einzukaufen oder sich zu informieren. Drei Viertel der über 60-Jährigen nutzen ab und zu das Internet, um genau dies zu tun.

Über das Internet gibt es auch zunehmend Möglichkeiten, mit Behörden und Verwaltung in Kontakt zu treten. Aber nur den wenigsten sind diese Möglichkeiten überhaupt bekannt, z. B. die Möglichkeit, in vielen brandenburgischen Städten über [www.maerker-brandenburg.de](http://www.maerker-brandenburg.de) Mängel im öffentlichen Raum zu melden oder über den Rentenrechner der Deutschen Rentenversicherung Beginn und Höhe der Rente ausrechnen zu lassen. Viele ältere Menschen fühlen sich vom Informationsangebot überfordert oder finden sich schlecht zurecht, weil viele Angebote nicht einfach und barrierefrei



Anke Domscheid-Berg im Gespräch

sind. Ältere Menschen verzichten auch eher auf Dienste, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Daten nicht gut genug geschützt werden. Das Internet muss jedoch für alle gleichermaßen nutzbar sein. Jeder sollte sich darin zurechtfinden und die Möglichkeit haben, private oder öffentliche Angebote zu nutzen. Wir

brauchen daher mehr barrierefreie Formulare, Webseiten in leichter Sprache und Angebote für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen. Leider hat die Bundesregierung - wie so oft - erst kürzlich einen Gesetzentwurf verabschiedet, der weit hinter dem zurückbleibt, was eine EU-Richtlinie zum barrierefreien Zugang zu Websei-

Foto: Büro Domscheid-Berg

ten öffentlicher Stellen vorsieht. Sie enthält zu viele Ausnahmen. Verbände und Interessenvertretungen wurden zu wenig einbezogen und es gibt keine Verpflichtung für private Anbieter, ihre Webseiten zumindest barrierearm zur Verfügung zu stellen. Inklusion sieht anders aus.

Eine Verpflichtung zu Barrierevermeidung oder -beseitigung sollte ein zentrales Element bei öffentlichen Ausschreibungen und der Vergabe von Fördermitteln sein. Dazu muss auch die Privatwirtschaft verpflichtet werden. Einfache Datenschutzerklärungen und AGBs können dabei helfen, Bedenken abzubauen. Ältere Menschen würden sich dann vielleicht eher trauen, Möglichkeiten der digitalen Verwaltung zu nutzen, das Ticket für den Nahverkehr mit dem Handy zu kaufen oder einen Termin beim Bürgeramt online zu vereinbaren. Nur wenn von Anfang an alle Menschen mitgedacht werden, kommen wir dem inklusiven Internet ein Stück näher.

Anke Domscheid-Berg (DIE LINKE.)  
Mitglied des Bundestages

## Mehr Obstsalat für Schulkinder

Landtagsabgeordneter Dr Andreas Bernig unterwegs

Zutritt wie bei high-tech-Firmen, streng hygienisch fast wie im OP-Saal - so erlebte Dr. Andreas Bernig zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Potsdam-Mittelmark, Thomas Singer, in der ersten Woche des neuen Schuljahrs die Produktion von so etwas scheinbar Einfachem wie Obstsalat bei der Firma mironelli in Großbeeren. Die Einladung war aus der Tafelrunde für Verbesserung des Schullebens, die Dr. Bernig mit angeschoben hat, entstanden. Zwar bezeichnet der Geschäftsführer, Herr Schulze, die Firma bescheiden als Mittelständler. Aber sie gehört genau zu der Sorte Mittelständler, für die Deutschland bewundert wird. Mit knapp 60 Mitarbeitern ist sie einer der fünf Großen auf diesem Sektor in Europa. Vor dem Rundgang durch die Produktion bleiben alle Ringe, Uhren, Kugelschreiber und ähnliches draußen. Sie könnten ja Keime einschleppen oder in das Produkt fallen. Hände waschen und desinfizieren ist Pflicht, bevor extra Kittel, Haube, Handschuhe, Überzieher für die Schuhe und Mundschutz verpasst werden. Das gilt

bei jedem Verlassen der Produktion. Die Vorschriften sind streng. Die Belegschaft ist international. Nicht jeder will unter den strengen Bedingungen und dann noch bei 4 Grad Celsius den ganzen Tag arbeiten. Das Eine wie das Andere zunehmend Normalität in der Wirtschaft. Für die Arbeitsbedingungen interessiert sich der immer noch aktive Gewerkschafter Bernig ausführlich. Die ausgeklügelte Logistik sichert, dass das Obst in Stücken oder Scheiben oder eben als Salat spätestens nach 7 Tagen gegessen ist. Das wollen die beiden Besucher auch für die Schulspeisung. Die Kernfrage wurde deutlich angesprochen: Was sind wir bereit für qualitätsvolles Essen für unsere Kinder auszugeben. Ist frisches Obst nicht besser als eine eingeschweißte Süßspeise mit Mindesthaltbarkeitsdauer Februar 2020? Damit schloss sich der Kreis, denn der Tafelrunde geht es um die Qualität für die Kinder. Nach Auffassung der beiden gewählten LINKEN ist gesundes, qualitätsvolles Schulspeisen eine Frage der Daseinsvorsorge und muss aus dem Bundeshaushalt für jedes Kind abgesichert werden.

## Gesundes Schulspeisen

Besuch bei Bürgermeisterin Ute Hustig

Nach der Auftaktveranstaltung „Lokale Tafelrunden“ im Oberstufenzentrum Werder (Havel), Ende Juni, geht es nun weiterhin Schritt für Schritt um die Umsetzung der Qualitätsoffensive der gesunden Ernährung und besserer Rahmenbedingungen für alle Kinder in Potsdam-Mittelmark. Der erste Weg führte den Landtagsabgeordneten, Dr. Andreas Bernig, zu der wiedergewählten Bürgermeisterin, Ute Hustig, in die Gemeinde Nuthetal. Der Parlamentarier wollte im Gespräch mit der Bürgermeisterin gemeinsam die Maßnahmen beraten, die perspektivisch eine noch bessere und effektivere Versorgung der Schulkinder mit gesunden Essen und besserer Rahmenbedingungen bei der Essenzubereitung und -ausgabe in der „Otto-Nagel-Grundschule“ in Bergholz-Rehbrücke, ein Ortsteil der Gemeinde Nuthetal, gewährleisten. Die Bürgermeisterin erläuterte umfangreich, dass gegenwärtig ein Gutachten für die Otto-Nagel-Grundschule erarbeitet wird, dass Vorschläge für eine zukünftig, bessere Platzkapazität für den Unterricht der Schülerinnen und Schüler beinhalten soll. In diesem

Zusammenhang, so Ute Hustig, könnte auch das Gutachten den Platzmangel, der gegenwärtig bei der Essenversorgung in der Grundschule vorherrscht, miteinbeziehen und dazu entsprechende Lösungsvorschläge erarbeiten. Zur Erzielung einer noch besseren Qualität für ein gesundes Schulspeisen wurde der Gedanke geäußert, ein Projekt auf den Weg zu bringen, das gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke (DIfE), dem Schulträger sowie Eltern entwickelt wird. Auch die Kinder sollten unter sich, in eine dafür gebildete Gruppe, ihre Ideen miteinfließen lassen.



## Erhebliche Verbesserungen

### Die Förderung des ÖPNV

Vor gut einem Jahr hat der Landtag am 7. Dezember 2017 mit der ÖPNV Gesetzesnovelle mehr Geld für Busse und Bahnen beschlossen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sah ursprünglich bis 2022 zusätzlich 12 Mio. Euro Förderung vor. Auf Antrag der rot-roten Koalitionsfraktionen wurde der Posten auf 24 Mio. Euro verdoppelt. Damit bringt das Land – wie schon lange gefordert – eigene Mittel ein. Die erste Jahrestanche konnten die Trägern des ÖPNV, die Landkreise und kreisfreie Städten, bereits 2017 abrufen.

„Für Straßenbahnen und O-Busse und insbesondere für die Umsetzung der Barrierefreiheit ist dies gut angelegtes Geld, das für die Ausstattung des ÖPNV und die langfristige Investitionsplanung dringend benötigt wird,“ so Anita Tack – verkehrspolitische Sprecherin der LINKen Landtagsfraktion – zur Beschlussfassung. Im Vergleich zu bisherigen Verfahrensweisen für eine ÖPNV Förderung im Land, ist diese Mittelhöhung gerade-

zu ein Quantensprung. Derartige Zuwächse gab es bislang nicht. Damit hat die SPD-LINKE Koalition dafür gesorgt, dass wir im ÖPNV den Kommunen, die Aufgabenträger sind, zur Seite stehen und auch in Auswertung der Anhörung zum ÖPNV-Gesetz erhebliche Verbesserungen auf den Weg gebracht haben. Trotzdem ist der ÖPNV immer noch nur „freiwillige“ Aufgabe im Land Brandenburg. Freiwillig heißt hier, das Land muss sich nicht beteiligen. Das war schon mal anders. Anliegen der LINKE ist: Das soll auch wieder anders werden, dazu ist uns die Mobilität zu wichtig.



## Seniorentreff in Stahnsdorf

### Was lange währt wird gut!



Der Seniorenbeirat Stahnsdorf hatte sich schon lange auf die Fahnen geschrieben, einen ständigen, gemütlichen Treff für die älteren Menschen im Ort zu schaffen. Als vor vier Jahren der Laden in der Lindenstraße 22 frei wurde, schien alles ganz nah. Aber statt über die Einweihung musste die MML im Juli 2016 unter der Überschrift „Senioren können hartnäckig sein“ über den langwierigen Kampf mit den die Schwierigkeiten, Verzögerungen, Bauvorschriften, zusätzlichem Geldbedarf beim Umbau des Ladens berichten. Real war es erst am 28.9.2018 endlich so weit: die Begegnungsstätte wurde offiziell eröffnet. Zwei schöne helle Räume mit zweckmäßigem Mobiliar und heutigen technischen Möglichkeiten, eine gut ausgestattete Küche, ein kleiner Garten sowie ein bequemer Zugang und ein großes WC, beides

behindertengerecht. Die Gemeinde hat in Summe zum Schluss über alles viel Geld in die Hand genommen, der Bürgermeister hat sich engagiert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Ohne dass die Initiatoren sich nicht entmutigen ließen und trotz allem

am Ball bleiben, wäre es allerdings nicht dazu gekommen. Die LINKen in Stahnsdorf sind stolz darauf, dass durch das Engagement von Rosemarie Kaersten und der anderen Mitglieder des Seniorenbeirates der Wunsch vieler Senioren nach einer Begegnungsstätte erfüllt werden konnte. Das ist sicher ein Grund zum Feiern, aber dennoch nur ein erster Schritt. Es gilt, ein vielfältiges Programm auf die Beine zu stellen, so wie es sich die Senioren gewünscht haben, vom gemeinsamen Frühstück bis zur Buchlesung, vom Diskussionsabend bis zum Konzert. Die Wünsche der Gäste sollten Priorität haben. Dennoch wird wohl die größte Herausforderung sein, die Stahnsdorfer Senioren in die Begegnungsstätte zu „locken.“

Hans-Joachim Koch

## #Aufstehen

### Beschluss des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand DIE LINKE PM war sich bereits vor der Auftaktpressekonferenz der Gründer vom 4. September einig, dass er sich dazu verhalten muss und auch will. Darum hat er sich schon Ende August damit befasst. Auch weil sich schon nicht wenige Mitglieder des Kreisvorstands in die Listen der Bewegung „Aufstehen“ eingetragen haben. Ein erster Beschluss dazu stellt die Chancen in den Vordergrund und beauftragt den Kreisvorstand, sich dazu mit den Vorsitzenden der Basisorganisationen auszutauschen.

Der Kreisvorstand hält eine Positionierung des KV für nötig.

Wir nutzen die Chance, die sich auftut, die Bewegung von unten zuentwickeln.

Begründung:

– Anknüpfungspunkte für die Bevölkerung – anderer Zugang zur Politik – darüber indirekten Kontakt mit den Parteien – analog zu den Friedensforen auch Gesprächskreise anbieten – aber nicht nur besseren Kapitalismus, sondern Systemwechsel – Chance, zuzuhören, die Basis für Alternativen

Ronald Kurtz

-Kreisgeschäftsführer-

DIE LINKE KV Potsdam-Mittelmark

Tel. 0172 3000591

E-Mail: kreisgeschaeftsstelle@dielinke-

pm.de

www.dielinke-pm.de

**aufstehen**  
DIE SAMMLUNGSBEWEGUNG

## Gesamtschule mit Abi-Stufe

### Am 18. August eröffnete die dritte Gesamtschule

Die Schullandschaft verändert sich in Potsdam-Mittelmark. Am 18. August eröffnete der Landkreis die „Gesamtschule für digitales Lernen“ am Ruhlsdorfer Platz in Teltow. Das ist die dritte, neu errichtete kommunale Gesamtschule mit Abiturstufe im Landkreis. Bis 2009 hatten die Konservativen in der Landesregierung in Potsdam alle Gesamtschulen – rein aus ideologischen Gründen und zur Verteidigung des gegliederten Schulsystems – tot gemacht. Unmittelbar daran anschließend hat die Kreistagsfraktion alle Bemühungen unterstützt, aus der ehemaligen, zur Oberschule degradierten Gesamtschule Kloster Lehnin sobald als möglich wieder eine solche zu machen. Nun werden dort bald die ersten Gesamtschüler ihr Abitur ablegen, ohne ihre Freizeit auf dem Bus zu weiter entfernten Schule zu verbringen. Gleichzeitig ist das ein wichtiger Standortvorteil für Kloster Lehnin. In diesem Jahr startet auch das Gymnasium Treuenbrietzen neu als Gesamtschule. Mehr Kinder der Region aus dem Süden können nun wohnortnah ihren Weg bis zur 10. Klasse gehen und dann bei guten Leistungen an der gleichen (!) Schule das Abitur ablegen. Das nimmt wichtige

Unsicherheiten aus dem Leben der Eltern und Kinder. Auch diese schwerwiegende Entscheidung war ein Gegenstand vieler Beratungen der Kreistagsfraktion – mehrfach auch vor Ort. Ab 2016 wurde immer offensichtlich, dass in der Teltower Region Plätze an weiterführenden Schulen fehlen. Der ausdrückliche Wunsch der Eltern der Grundschulen war eine Gesamtschule, nicht ein Gymnasium. Dafür haben ihre Elternvertreter gekämpft, vor allem, dass der Landkreis sich nicht aus der Verantwortung drückt und das irgendeinem privaten Betreiber zuschiebt, der dann noch obendrein Schulgeld kassiert. Der Landkreis hat bereits 1 Mio. € in das Gebäude und die Ausrüstung der ehemaligen Oberschule investiert. Gleichzeitig ist nicht weit davon bereits das Baufeld abgesteckt, auf dem in den nächsten Jahren eine modernes, Gebäude für die dann fünfzügige Gesamtschule entstehen wird – für über 40 Mio. €. Wir wünschen der Gesamtschule Teltow viel Erfolg.

Katrin Menz

Fraktionsvorsitzende Kreistagsfraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Bildungsausschusses

## Die Besetzung der Westsahara

Der größte Teil der Westsahara ist seit 1975 von Marokko besetzt



Die Westsahara

Foto: AlbertoDV

Illegal hat Marokko sein Nachbarland Westsahara brutal besetzt. Die Vereinten Nationen behandeln die Westsahara als die letzte ausstehende Kolonialfrage in Afrika.

Die UNO hat die Unabhängigkeit und Dekolonisation der vormals spanischen Kolonie „Spanisch-Sahara“ seit den sechziger Jahren ständig gefordert. Allerdings verweigerte Spanien noch unter der Franco-Diktatur nach heftigem Druck seitens Marokko und Mauretanien den Saharais ihr Recht und erlaubte beiden Nachbarländern am 31. Oktober 1975 eine Invasion der Westsahara. Marokko drang aus dem Norden und Mauretanien aus dem Süden in das Gebiet ein. Während die marokkanische Luftwaffe Westsahara-Ansiedlungen mit Napalm bombardierte, wurden die meisten der im Gebiet ansässigen Saharais gezwungen, ihr Heim im Stich zu lassen und in die algerische Wüste zu fliehen. Heute leben immer noch schätzungsweise 165000 saharaische Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern in der Wüste im westalgerischen Grenzgebiet. Mauretanien verzichtete 1979 auf seinen Anspruch auf die Westsahara und zog sich endgültig aus dem Süden des Gebiets zurück. Doch Marokko dehnte seine Besetzung weiter aus.

Die saharaische Bevölkerung rief im Exil ihre eigene Republik aus, die inzwischen von über achtzig anderen Staaten anerkannt wurde.

Die saharaische Befreiungsbewegung, die unter ihrer spanischen Kurzbezeichnung Frente Polisario (Volksfront zur Befreiung von Saguia el Hamra und Río de Oro) bekannt wurde, hat den marokkanischen Truppen Widerstand geleistet und konnte etwa ein Fünftel des Landes zurückgewinnen. Als Ge-

genantwort errichtete Marokko einen über 2.000 km langen Sandwall, der immer weiter befestigt und mit Minen versehen wurde. Im Jahre 1991 kam es durch Vermittlung der Vereinten Nationen zu einem Waffenstillstand und der Übereinkunft, eine Volksabstimmung abzuhalten, um die Saharais über die Zukunft der Westsahara bestimmen zu lassen. Dennoch warten die Saharais immer noch darauf, dass diese Abstimmung endlich stattfindet. Marokko lehnt ein Referendum ab.

Zehntausende von Saharais leben immer noch unter der marokkanischen Besatzungsmacht in der Westsahara. Die saharaische Flagge ist aus diesem Teil der Westsahara verbannt, und es ist illegal, sich für einen selbständigen Staat auszusprechen.

Über 500 Saharais sind immer noch in marokkanischem Gewahrsam „verschwunden“ und überleben vermutlich als politische Gefangene.

Die saharaischen Flüchtlinge sind gänzlich auf ausländische humanitäre Hilfe angewiesen, wobei sich die angebotene internationale Hilfe von Jahr zu Jahr verringert.

Reinhard Frank

### Westsahara - letzte Kolonie Afrikas

Informationsveranstaltung über die Lage der Saharais und die Rolle der Europäischen Union  
Mit Nadjat Hamdi, Vize-Vertreterin der Frente Polisario in Deutschland

### Montag, 5. November 2018, 19 Uhr

Bürgerhaus, Ritterstraße 10, 14513 Teltow - Eintritt frei  
Eine gemeinsame Veranstaltung des Städtepartnerschaftsvereins „Teltow ohne Grenzen e.V.“ und des Ortsverbandes der Partei DIE LINKE. Teltow

## Werben in der MML 2018

MITTELMARK LINKS erscheint als linke Quartalszeitung 4x jährlich und wird kostenlos an 20.000 Haushalte im Landkreis Potsdam-Mittelmark verteilt. Mit Ihrer Anzeige sind Sie in der Region präsent und unterstützen eine alternative Stimme für lokale, bürgernahe linke Politik.

### Voraussichtl. Erscheinungstermine 2019:

03.01.19 / 19.04.19 / 12.07.2019 / 11.10.2019

### Anzeigenschluss:

06.04.2019 / 29.06.2019 / 29.09.2019

### Anzeigenformate & -preise (Nettopreise in Klammern):

im Anschnitt (210x290mm):

- 1 Seite Anschnitt (210 x 290mm): 480,- (403,36) €
- 1/2 Seite Anschnitt (210 x 145mm): 270,- (226,89) €

im Satzspiegel (210 x 260mm):

- 1/2 Seite (210 x 130mm): 250,- (210,08) €
- 1/4 Seite (105 x 130mm / 210 x 65mm): 150,- (126,05) €
- 1/8 Seite (52 x 130mm / 105 x 65mm): 80,- (67,23) €

Platzierungszuschlag:

- Titel (nur 1/8 und 1/4 Seite möglich): 50%
- Rückseite: 20%

Rabattstaffel: 2 Ausg. - 10%; 3 Ausg. - 15%; 4 Ausg. - 25%

Der Rabatt wird bei verbindlicher Buchung von Anzeigen für mehrere Ausgaben (auch unterschiedl. Formate / nicht aufeinanderfolgende Ausgaben) gewährt. Die Rechnungslegung erfolgt jeweils zum Veröffentlichungstermin.

- Sonderkonditionen auf Anfrage -

Anzeigenbuchung unter:

kontakt@k2-potsdam.de  
0331 / 86 749 883  
0172 / 514 38 25

## MML abonnieren !

Ja, ich will die MML zum Solipreis von 10,- € für 1 Jahr abonnieren (incl. Porto).

Name: .....

Straße: .....

PLZ / Ort: .....

Tel. (für Rückfr.): .....

### Einsenden per Post:

DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark, Straße der Einheit 53, 14806 Bad Belzig  
per Fax: 033 841 - 43 880  
per Mail: info@dielinke-pm.de

**Leserbrief aus Greifswald**

Frau S. fühlt sich Dank der MML nach wie vor heimlich verbunden



Die Redaktion bedankt sich für den herzlichen Leserbrief aus dem fernen Greifswald von Frau S.

Sie hat lange in Potsdam-Mittelmark gewohnt, bevor sie dorthin verzogen ist. Durch das Abonnement der MittelMarkLinks fühlt sie sich mit ihrem alten Wirkungskreis weiter verbunden.

Wir werden uns Mühe geben, auch in Zukunft vielseitig über das politische Wirken der LINKEN in ihre alten Heimat zu informieren und dass die MML pünktlich im Briefkasten ist.

*Die Redaktion*

**Impressum**

**Herausgeber:**

k<sup>2</sup> Potsdam, PR- und Kommunikationsberatung

**V.i.S.d.P.:** Stefan Wollenberg

Tel. 0331 - 86 749 883;

Fax 0331 - 86 749 882;

**E-Mail:** mml@k2-potsdam.de

**Internet:** www.dielinke-pm.de

**Redaktion, Layout&Satz:**

k<sup>2</sup> Potsdam

**Druck:** Nordost-Druck GmbH

**Auflage:** 20.000

**erscheint 4x jährlich**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

**Kalenderblatt: Novemberrevolution 1918 - verpasste Chance oder mehr?**



*Demonstranten am 09. November in Berlin*

*Foto: Bundesarchiv, Bild 183-18594-0045 / CC-BY-SA 3.0*

Nach 4 Kriegsjahren und ausbleibenden militärischen Erfolgen war die Masse der deutschen Soldaten im Herbst 1918 kriegsmüde. Die Zivilbevölkerung hatte schwer unter den Kriegsfolgen zu leiden gehabt. Da wurde die Meuterei der Kieler Matrosen am 3. November zum Fanal für die Novemberrevolution. Schon nach wenigen Tagen übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte in vielen Städten die Macht. Die deutsche Generalität und der kaiserliche Machtapparat waren faktisch handlungsunfähig. Wilhelm II. floh nach Holland und vom Bahnhof Potsdam-Wildpark aus wurde ihm das „Allernötigste“ in 59 Güterwaggons später nachgeschickt.

Im Zentrum Europas war die Situation eingetreten, auf die Lenin und die anderen Bolschewiki schon lange gehofft hatten. In einer der Metropolen der kapitalistischen Welt, in der es auch eine starke sozialdemokratische Bewegung gab, hatte sich eine revolutionäre Situation entwickelt. Es gab die Chance, den kaiserlichen Machtapparat zu stürzen und die Kriegspolitik der deutschen Monopolbourgeoisie dauerhaft zu überwinden. Die meisten revolutionären Arbeiter und Soldaten kämpften allerdings ohne klare politische Orientierung und die rechten Führer der Sozialdemokratie tendierten zum Kompromiss. Eine

wirkliche revolutionäre Kraft formierte sich erst, als an der Wende zum Jahr 1919 aus dem Spartakusbund die KPD entstand. Wie groß die Angst vor dieser sich formierenden Alternative war, zeigte die feige Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Freikorpsoldaten der Garde-Kavallerie im Januar 1919. Der Freispruch für die Täter wurde übrigens im Mai 1919 vom sozialdemokratischen Reichswehrminister Noske unterzeichnet. Friedrich Ebert ließ im Januar 1919 auf Demonstranten schießen, die die Fortführung der Revolution forderten. Der Versuch, die Volksmassen für wirkliche revolutionäre Veränderungen zu mobilisieren, erwies sich als erfolglos. Die revolutionäre Welle ebte Anfang 1919 ab und die reaktionären Kräfte formierten sich wieder. Die rechten Führer der Sozialdemokratie, die inzwischen die Regierung stellten, wollten einen „Bürgerkrieg“ verhindern und strebten eine Zusammenarbeit mit den alten Eliten aus der Wirtschaft, der Politik und des Militärs an. Das kam z.B. in dem zunächst geheim gehaltenen Ebert-Groener-Pakt zum Ausdruck, mit dem sich die Reichswehr zur Loyalität verpflichtete.

Die historische Chance, die revolutionäre Situation für eine grundlegende Wende zu nutzen, wurde also verpasst, dennoch sollte man die erreichten

Veränderungen nicht geringschätzen. Der kaiserliche Machtapparat wurde durch eine parlamentarische Republik ersetzt. Nicht nur der Kaiser, auch alle Fürsten mussten abdanken. Ihr Grundbesitz wurde in Staatseigentum überführt. In der Weimarer Republik wurde das 3-Klassen-Wahlrecht durch das gleiche und geheime Wahlrecht ersetzt, auch Frauen durften künftig wählen. Der Krieg wurde mit dem Versailler-Vertrag beendet, mit dem auch dem deutschen Militarismus Grenzen gesetzt wurden. Soziale Verbesserung konnten erreicht werden wie der 8-Stunden-Tag und die freien Gewerkschaften. Politische Parteien konnten sich in der Weimarer Republik profilieren, so auch die KPD, deren Gründung eines der wichtigsten Ergebnisse der Revolution war. Allerdings bot auch das parlamentarische System dieser Zeit den profaschistischen Kräften die Möglichkeit, später fast legal an die Macht zu kommen. Eine Erfahrung, die man gerade in der heutigen Zeit beherzigen sollte. Wie alle historische Ereignisse und Personen sollte man also auch die Novemberrevolution 1918 in ihrer Größe und in ihren Grenzen sehen. Gerade aus Anlass des hundertsten Jahrestages sollte man sich daran erinnern.

*Dr. Hans-Joachim Koch*

**Ein Hinweis zum Schluss**

Die Mittelmark LINKS erfreut sich inzwischen großer Beliebtheit im Kreis. Da 20.000 Druckexemplare nicht ausreichen, um alle Haushalte zu versorgen, geben Sie Ihr Exemplar gern weiter, wenn Sie es gelesen haben! Und wenn Sie mal selbst keins abbekommen haben, finden Sie die aktuelle Ausgabe auch im Internet:

<http://www.dielinke-pm.de/kreisverband/kreiszeitung/>